

Pofener Zeitung.

N^o 129.

Donnerstag den 6. Juni.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Verfuchungen wegen bedorfteb. Kriegs-; d. Unterfuch. gegen Efeloge; vielfache Verhaft; 100 vergrab. Pechfranz; gefunden; Auflösung d. Handwerkerber.; Wallfabriken nach Charlottenburg; Rücktritt Küners; Tendenz-Steuerdefraudation; Einrichtung d. Fortbildungsanstalten für Handwerker; Nachricht vom bedorfteb. Rücktritt d. Schwarzenberg. Minist.); Düsseldorf (Todesurtheil gegen eine Kindesmörderin); Frankfurt (Wanderer unter Schirnding's Oberbefehl). Oesterreich. Wien (Abreise d. Kaisers nach Warschau). Schweiz. Zürich (Entlassung Radeky's). Frankreich. Paris (Gefinnung d. Präfid. über d. Wahlgef.; d. Serenifungen Englands; Verschwörung in Süd-Frankreich; Protest des Berges gegen d. Wahlgef.; Nat. Verf.; Lord Normandy bleibt in Paris). England. London (Tagesgespräch d. Ebeifcheidung Carls of Lincoln). Rußland u. Polen. Warschau (d. Prinz v. Preußen nach Petersburg abgereist). Italien. Toscana (d. Englischen Forderungen an Toscana). Amerika. New-York (beabfichtigt Unternehmung geg. Cuba; Wüthen d. gelben Fiebers in Rio; Handelsverträge in Californien). Locales. Pofen; Fraustadt; Aus d. Schrimmer Kr.; Inowraclaw. Zur Chronik Pofens. Wufierung poln. Zeitungen

Berlin, den 5. Juni. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Erbprinzen Friedrich von Anhalt-Deßau Hoheit, so wie dem Erbprinzen Leopold zur Lippe-Deimold Durchlaucht, den Rothen Adler-Orden erster Klasse zu verleihen.

Bulletins des Befindens Sr. Majestät des Königs.

Se. Majestät der König haben im Laufe des heutigen Tages wiederholt an heftigen Schmerzen im entzündeten Fuß gelitten. In dem bisherigen günstigen Verhalten der Wunde ist keine Aenderung eingetreten.

Schloß Charlottenburg, den 3. Juni, Abends 9 Uhr.
Se. Majestät der König haben eine gute Nacht gehabt. Die giftige Entzündung am Fuße ist ermäßigt. Die Reinigung des Schuß-Kanals ist vollendet, und der Heilungs-Prozess in demselben beginnt.

Schloß Charlottenburg, den 4. Juni, Morgens 9 Uhr.
Schönein. Grimm. Langenbeck.
Se. Königliche Hoheit der Prinz Georg von Preußen ist nach Gms. und Se. Excellenz der Anhalt-Deßausche Staats-Minister von Plöß nach Deßau abgereist.

Deutschland.

Berlin, den 4. Juni. Die Befehle zur Armirung der Festungen und zur Mobilmachung der Garde du corps lassen Manche fürchten, daß nun die Zeit des Friedens ihre Endfchaft erreicht habe und Krieg uns bevorstehe. — Frankreich und Oesterreich sind in ihren Augen die Friedensförderer; Frankreich mit seinem nach Friedigung lechzenden Socialismus, Oesterreich mit seinen unverhüllt hervortretenden Gelüsten nach dem alten Bundestage. Diese Besorgniß aber wird hier nicht allgemein getheilt. Viele gehen zu, daß die Bewegungen in Frankreich zur Wachsamkeit mahnen, wollen jedoch Oesterreich und seinen papiernen Zuständen gegenüber von keiner Gefahr wissen und erkennen in diesen Rüstungen nichts anderes, als Vorsichtsmaßregeln der Regierung, die da wohl weiß, daß wer den Frieden will, auf den Krieg gerüstet sein muß. — Uebrigens ist man hier, seitdem man den Prinzen von Preußen in Warschau weiß, weniger zu Besorgnissen geneigt. Man hegt die Erwartung, daß es dem Prinzen gelingen werde, seinen kaiserlichen Schwager nicht nur für die von Preußen bisher innegehaltene Politik ganz zu gewinnen, sondern auch dahin zu vermögen, daß er Oesterreich einige verständliche Winde giebt.

Nächst den auswärtigen Angelegenheiten ist es noch immer das ruchlose Attentat, mit dem sich das Publikum beschäftigt. Die Untersuchung ist im vollen Gange, aber davon verlautet immer noch nichts, daß Efeloge einem Complot angehöre habe. — Dagegen finden häufige Hausfuchungen statt; so wurde eine in diesen Tagen bei dem Schlossermeister Fr. vorgenommen, von dem man in Erfahrung gebracht, daß er Stodgewehre gefertigt. Am Sonnabend Vormittag wurden in dem Garten des Lokals des Maschinenbauer-Vereins, auf der Oranienburger Chaussee, von Criminal-Commissarien geleitete Nachgrabungen angeftellt, und dabei 100 Stück Pechfränze zu Tage gefördert. Dieser Fund hat, wie wir einer guten Quelle entnehmen, heute Vormittag zu Verhaftungen geführt und sind uns 40 Personen bezeichnet, gegen die ein Verhaftbefehl erlassen ist und auf die der Criminal-Commissarius Goldheim fahndet. — Der Verfertiger der Pechfränze soll nicht nur bereits ermittelt sein, sondern auch schon Geständnisse gemacht haben. Die Kränze sind während des Belagerungszustandes angefertigt, und wie man wissen will, sind fogar dazu die 10 Friedrichsd'or verwendet worden, welche der General Wrangel dem Verein damals zum Geschenk gemacht. Vom Ministerium soll schon gestern Abend die Auflösung des Vereins dekretirt worden sein.

Das Befinden Sr. Majestät des Königs wird von gut unterrichteten Personen als ein erfreuliches bezeichnet. Obgleich die Bulletin seit einigen Tagen auch im hiesigen Palais des hochseligen Königs ausliegen, so wallfahrt doch noch alles nach Charlottenburg, um hier an Ort und Stelle Erkundigungen über das Befinden des Königs einzuziehen. Unre Zubereiten machen dabei sehr gute Geschäfte.

Bekanntlich unterzieht man sich schon früher von dem Zurücktritt des General-Intendanten Hrn. v. Küstner. Jetzt spricht man auf's Neue davon, und als sein Nachfolger wird, wie damals bereits, der Königliche Kammerherr, Graf Lubewitz bezeichnet.

Berlin, den 3. Juni. Die Zahl der Fortbildungsanstalten Berlins, von deren Ursprung und Zweck ich Ihnen neulich berichtet, ist gegenwärtig drei (die Königsstädtische, die Dortheimsstädtische und die Louisenstädtische). Sie stehen unter der unmittelbaren Leitung der Direktoren der drei höheren Bürgerfchulen dieser Stadttheile und befinden sich auch in den Räumlichkeiten dieser Schulen.

Ihre Einrichtung ist folgende: Der Unterricht findet nur Sonntags statt, Vormittags von 8 bis 1 Uhr. Diejenigen, denen es an den Elementarkenntnissen gebricht, müssen in den beiden ersten Semestern den Unterricht in allen Gegenständen nehmen, die als zu den beiden ersten Lehrkursen gehörig bezeichnet werden. Später können dieselben und die weiter Vorgebildeten gleich von vorne herein aus allen Lehrkursen sich diejenigen Gegenstände und Vorträge auswählen, die ihren besondern Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechen. Nach zweijähriger regelmäßiger Theilnahme ist es gestattet, auch nur drei oder zwei Lektionen zu besuchen und kann eine Ausnahme von dieser Regel nur bei älteren Personen gemacht werden, welche an einer oder der anderen Vorlesung Theil nehmen wollen. — Die Kosten des Unterrichts werden von der Stadt bestritten. Als Beitrag zu denselben zahlt aber jeder Teilnehmer monatlich 5 Sgr. an den Rentanten der Anstalt; nur die Handwerkslehrlinge sind von diesem Beitrag befreit.

Die Unterrichtsgegenstände, die gelehrt werden, sind so vertheilt, daß in dem ersten Lehrkurs nur Lesen, Schreiben, Rechnen und Zeichnen vorkommt, und zwar Zeichnen zwei Stunden, die drei anderen Gegenstände je eine Stunde. Im zweiten Kursus Deutsch, Rechnen, Geometrie und Zeichnen, wieder mit gleicher Zeitvertheilung. Im dritten Deutsch, Rechnen, Geometrie, Französisch, jedes einstündig. Im vierten Deutsch, Französisch, Englisch, Geschichte, ebenso. Im fünften Französisch, Englisch, Geographie, Physik. — Auf einer der drei Anstalten ist noch ein sechster Kursus: Französisch, Englisch, Geologie, Staats- und Rechtskunde, Kaufmännische Buchführung und Correspondenz.

Berlin, den 4. Juni. (Berl. N.) Se. M. der König konnte an dem vorgestern in der Schloßkapelle in Charlottenburg von dem Hofprediger Strauß mit dem K. Kapellchor abgehaltenen Gottesdienste noch nicht Theil nehmen und wird wahrscheinlich die Todtenfeier, welche am 7. Juni, dem Sterbetage des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III., diesmal in Charlottenburg mit der K. Familie begehren. — Charlottenburg war am vergangenen Sonntag mit Besuchern überfüllt, von denen wieder sehr viele durch Einzeichnung ihres Namens in das im königlichen Schloße ausliegende Tages-Bulletin ihre Theilnahme an dem Befinden Sr. M. des Königs bekundeten. — Da das 9. Rußische Husaren-Regiment, zu dessen Chef, wie wir in der vor. Nr. unserer Zeitung gemeldet, Se. K. H. der Prinz Friedrich Karl von Sr. M. dem Kaiser von Rußland ernannt worden ist, gegenwärtig in Bukarest steht, so wird der Prinz sich wahrscheinlich dorthin begeben, um sich dem Regiment vorzustellen. Bekanntlich war es eine Ausrüstung des 9. Rußischen Husaren-Regiments, an dessen Spitze der Prinz im vorigen Jahre, bei einem Angriff auf die Feilschärer in der Pfalz, verwundet wurde. — Die Mobilmachung mehrerer Armeetheile bei uns, nicht minder der Artillerie bei manchen Truppenkorps, die Armirung der Festungen auf den strategischen Linien gegen Oesterreich und Frankreich bis auf das Kaifren ihrer Glacis, das Alles dauert fort und zeigt, daß man sich nirgends überraschen lassen will, nachdem man den Kammeren gegenüber Vorsicht zugesagt und die Kredite gern bewilligt erhalten hat, um diese Vorsicht üben zu können. Unter den Festungen ist Ehrenbreitstein, sind die Forts um Koblenz und Köln längst bei Tag und Nacht zum gebührenden Empfang möglicher insurrektioneller Invasoren von Frankreich aus bereit. Die Festungen in zweiter Linie hieher zurück sind mit allem Erforderlichen versehen. Gegen Oesterreich zu sind die Schlesischen Festungen, ist in Thüringen Gernut wohl gerüstet. Ein Theil der in Pofen stehenden Artillerie wird mobil gemacht, woneben die Forts schon lange nichts mehr für ihren kriegsbereiten Stand wünschen lassen. Auch hier in Berlin stellt jetzt die Stadt ihr Kontingent an Pferden zur Artillerie. Der Plan zur Mobilisirung und Vertheilung der Kräfte ist uns natürlich unbekannt, allein aus dem, was thatsächlich an den Tag kommt, kann man mit vollem Vertrauen schließen, daß nach einem reif erwogenen Plane verfahren wird, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein.

Am 30sten v. Mts. kam vor dem Appellationsgericht ein Prozeß wegen Steuer-Defraudation zur Verhandlung, in welchem der Angeklagte seine Handlung als Tendenzverbrechen charakterifirte. Der Pseffertächter B. kam am 13. April v. J. in das Königsthor mit einem Wagen. Nach der Versicherung eines Beamten verneinte er die Frage, ob er feuerbare Gegenstände bei sich führe. Der Wagen wurde untersucht, und man entdeckte innerhalb einer künstlichen doppelten Wand eine Menge Fächer, worin sich fest verpackt 11 Säcke mit zusammen 4 1/2 Centner Waizenmehl befanden. Er wurde in erster Instanz verurtheilt, appellirte aber unter Berufung auf Zeugen darüber, daß er die Frage des Beamten bejaht habe, dann aber schnell zur Veruhigung eines wüthgewordenen Pferdes vom Wagen gestiegen sei und sich nicht weiter um die Sache habe kümmern können. Die Zeugen bestätigten im Wesentlichen seine Angabe, waren aber theils unglauwürdig, theils verwickelten sie sich in so viele Widersprüche, daß der Anklage die Beweisfrage für verloren geben mußte. Er begann aber nun mit erhobener Stimme eine Beleuchtung der Rechtsfrage vom demokratifchen Standpunkte in einer sehr wohl willfirirten Rede. Seine Disposition ging etwa dahin: er stehe auf dem Rechtsboden und strafe sich insbesondere auf die königl. Verbeifung vom 6. April 1848. In §. 6. sei der Volksvertretung das Steuerbewilligungsrecht übertragen. Die Verordnung vom 6. April sei aber sofort in Kraft getreten, weil der König damals absolut geherrscht habe. Durch das Gesetz vom 8. April sei die Volksvertretung auf das allgemeine Wahlrecht gebaut. Die einzige auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhende Volksvertretung sei „die hohe National-Versammlung“ gewesen. Diese habe im November die Verweigerung der Steuern beschloffen. Der Beschluß bestehe noch zu Recht. Die Acceptation der octroyirten Verfassung sei durch eine nicht aus dem unbeschränkten allgemeinen Wahlrechte hervorgegangene Versammlung geschehen, also nichtig. Dies sei auch von den Geschworenen, als Repräsentanten der wahren Majorität, anerkannt, indem sie die Steuerverweigerung freigesprochen hätten. Er, Angeklagter, halte sich hiernach berechtigt und verpflichtet, der jetzigen

Regierung des Königs die Steuern so lange vorzuenthalten, als „die hohe National-Versammlung“ nicht wieder zusammenberufen sei und den Novemberbeschluß zurückgenommen habe u. s. w. Wir brauchen wohl kaum zu erwähnen, daß das Resultat erster Instanz bestätigt wurde.

Nachrichten aus Wien zufolge, soll man dort dem Rücktritt des Schwarzenberg'schen Ministeriums jetzt täglich entgegensehen. Es bildet sich immer bestimmter das Urtheil, daß unter dem System des jetzigen Ministeriums nothwendig Alles zu Grunde gehen müsse, und nicht bloß die blutgetränkte Vergangenheit, sondern auch die ganze Zukunft des „wiedergeborenen Kaiserthums, auf's Spiel gesetzt werde.

Am 1. Juni fand hier die 9te und letzte Sitzung der landwirthschaftlichen Versammlung statt.

(B. N.) Eine schon in früheren Jahren bei einzelnen Gelegenheiten angeregte Zweifelsfrage, inwiefern die Gemeindeverfassung auch auf die hier wohnhaften Mitglieder des k. Hauses Anwendung erleide, ist in diesen Tagen durch Ministerial-Reskript zum Austrag gekommen. Es war nämlich bei Anstellung der Wählerlisten für den Gemeinderath zur Sprache gekommen, ob auch die K. Prinzen darin aufzunehmen seien, da, wenn auch auf der einen Seite Manches dagegen sprach, es sich doch anderer Seits um ein ihnen zuständiges Recht handelte, welches ihnen nicht ohne ihren Willen entzogen werden konnte. Es wurde endlich von den städtischen Behörden eine Anfrage an das Ministerium beschloffen, und von Hrn. v. Mantuffel dahin Antwort ertheilt, daß es ganz richtig sei, wenn man annehme, daß der Wortlaut der Gemeinde-Ordnung auch die k. Prinzen mit begreife. Allein dieser gefegliche Zustand habe auch zur Zeit der Städteordnung bestanden, während man damals allgemein der Ansicht gewesen sei, die königl. Prinzen wegen ihrer exceptionellen Verhältnisse, namentlich wegen ihrer Stellung als successionsberechtigter Mitglieder des königl. Hauses, darüber hinaus heben zu müssen. Es schein gegenwärtig nicht, daß in der neuen Gemeinde-Ordnung irgend eine Bestimmung enthalten sei, welche die Aufgabe jener zur Zeit der Städteordnung befolgten Praxis geboten. Hiernach dürften also die Prinzen von dem Charakter als Gemeindevähler wohl ausgenommen bleiben. — Der bekannte frühere Abgeordnete, Obergerichts-Assessor Schulze zu Delitzsch, soll, dem Vernehmen nach, beabsichtigen, den unmittelbaren Staatsdienst zu verlassen und ein Communalamt, man sagt zu Demmin, anzunehmen. — Die wider den ehemaligen Abgeordneten, Bürgermeister Gier zu Mühlhausen, eingeleitete Untersuchung wird, wie man hört, in der am 17. d. M. stattfindenden Schwurgerichtssitzung beim Kreisgericht zu Heiligenstadt verhandelt werden. — Die am vergangenen Sonntag geschlossene Kunstausstellung wurde in der letzten Woche noch sehr stark besucht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die in zwei Jahren hier wieder stattfindende Kunstausstellung nicht, wie diesmal, im Frühjahr sondern, wie früher, im Herbst eröffnet werden wird.

Düsseldorf. — Am 28ten v. M. wurde vor den Riffen ein 25jähriges Mädchen aus Wanto bei Odentirchen zum Tode verurtheilt, welches am 28. März d. J. ihr neugeborenes Kind in einen benachbarten Wald getragen, dort getödtet und hinter einen Busch geworfen hatte. Die Art des Tödtens war noch besonders grausam; sie selbst, die Kindesmörderin, gab an, das zappelnde Knäblein bei den Füßen gefaßt und es dann mit der Faust auf den Kopf der Art geschlagen zu haben, daß der Tod erfolgte. Die schweren Kopfverletzungen, das mangelnde linke Ohr, die gebrochenen, sonst so biegsamen Schädelknochen, die Blutspugillationen, kurz, Alles sprach dafür, und selbst der Verteidiger nahm dies an, daß die Mörderin das Kind mit den Füßen erfaßt und gegen einen Baum geschleudert habe. — Die Mörderin blieb während der Verhandlungen sehr ruhig und behauptete, dies in einem Zustande der Geistesverwirrung gethan zu haben, und sich von der That nichts mehr zu erinnern, während sie früher die That auf die zuerst beschriebene Weise erzählt hatte. Die Geschworenen haben sie der Gnade des Königs empfohlen.

Frankfurt a. M., den 1. Juni, Mittags. (D. J.) So eben kehren die Truppen von einem großen Manöver in der Gegend von Wibel und Bergen zurück, an welchem sämmtliche verschiedene hier liegende Besatzungen Theil nahmen. Diese gemeinchaftliche Uebung fand nach den Anordnungen und unter dem Oberbefehl des kaiserlichen Feldmarschall-Lieutenants von Schirnding statt. Die Truppen marschirten diesen Morgen nach fünf Uhr auf der Straße gegen Wibel aus, wendeten sich dann zur Rechten gegen Bergen, wo sie sich ein Scheintreffen lieferten, bei welchem die Oesterreichischen, Bayerischen und Frankfurter Schützen, so wie eine Frankfurter Kompagnie Linie, die feindliche Macht vorstellten, die sich in einem Walde aufgestellt hatte, gegen welchen die Artillerie, Infanterie und Kavallerie ihre Angriffe richteten. Die Reiter allerdings konnten wegen der in Saad stehenden Felder ihre eigentlichen Bewegungen nur andeuten und durch Trompetensanfaren bezeichnen. Ein sonnenheller Tag begünstigte das kriegerrische Schauspiel, welches er freilich zugleich durch Staub und Hitze etwas erschwerte.

Oesterreich.

Wien, den 1. Juni. Se. Maj. der Kaiser ist heute früh nach Warschau abgereist. — Se. Durchl. der Fürst Schwarzenberg traf heute Vormittags 10 Uhr hier ein.

Schweiz.

Zürich, den 29. Mai. Radeky hat seine Entlassung genommen! Zufolge einer am 25. d. M. dahier eingetroffenen Privat-Korrespondenz aus Mailand hat sich das seit Kurzem umlaufende Gerücht von einem gespannten Verhältnis, in welchem der Feldmarschall zu dem Wiener Kabinet stehe, bestätigt. Radeky hat seine Dimission verlangt und bereits erhalten, was jedoch, aus Besorgniß vor der Aufregung, welche dieses Ereigniß — und es ist für Oesterreich ein Ereigniß von der größten Bedeutung — in Italien und besonders in der Armee hervorrufen wird, von Seiten des Kabinet's bis jetzt noch verheimlicht wird. Ein französischer Gutsbesitzer, Inhaber eines der schönsten Landhäuser am südlichen Ufer des Züricher See's, steht mit Radeky wegen des Verkaufs seiner Besitzung

in Unterhandlung. Der greise Feldherr gedenkt auf diesem wahrhaft paradiesischen Landstüchlein inmitten der Schweiz, deren Bewohnern sein Name die größte Hochachtung einflößt, seine Tage zu beschließen. — Ich beziehe mich, Ihnen diese Nachricht, deren Bekanntheit jedenfalls von der größten Wichtigkeit ist, so schnell als möglich mitzutheilen. [Das Nadebky schon längere Zeit verstimmt ist, haben wir bereits öfters gemeldet. Unwahrscheinlich ist die obige Nachricht also nicht. Doch möchten wir sie nicht verbürgen.]

Frankreich.

Paris, den 30. Mai. (Köln. Z.) E. Napoleon hat den Führern der Mehrheit die feierliche Versicherung gegeben, daß er das Wahlgesetz vollkommen und in allen seinen Punkten zu vertreten gesonnen sei, und er wird diese seine Gesinnung durch eine feierliche Einladung der „Siebenzehner“ zu einem Feste auch öffentlich kundgeben. Diefem zufolge zerfallen auch die Gerüchte von bevorstehenden Minister-Veränderungen. Alles bleibt beim Alten. Die Englische Differenz ist ausgeglichen. — Fortwährend laufen hier Gerüchte um von bedeutenden Seerüstungen Englands, von einem unausbleiblichen Conflitte im Mittelmeere und von der Möglichkeit eines Zusammenstoßes unserer Flotte mit den Flotten von Rußland und Oesterreich, falls das Geschwader des Admirals Parker wirklich Neapel bedrohen würde. Diese Gerüchte, in so weit sie ein ernstes Zerwürfniß zwischen Frankreich und England in Aussicht stellen, scheinen jedoch vorläufig unbegründet zu sein. — Zum Mittelpunkt der schon erwähnten, ganz Süd-Frankreich umfassenden Verschwörung war, wie aus dem aufgefundenen Plane hervorgeht, die Stadt Beziers bestimmt. — Den Protest des Berges gegen das Wahlreform-Gesetz wird, wie verlautet, Michel (de Bourges) der National-Versammlung vorlesen. Lagrange (vom Berge) will einen Zusatz zu dem Wahlreform-Gesetze vorschlagen, wodurch diejenigen Franzosen, welche dasselbe zur Theilnahme an den Wahlen für unfähig erklärt, auch für unfähig zur Theilnahme am Militärdienste erklärt werden sollen. Gegen den dritten Artikel des Gesetzes haben gestern die meisten Mitglieder des Berges (ein Theil enthielt sich des Votirens), sämtliche Mitglieder der constitutionellen oder Mittel-Partei und einige radikale Legitimisten (Carochejaquelin, Laborde &c.) gestimmt. Die gestrige Abstimmung gestattete eine ziemlich genaue Schätzung der compacten Partei, welche zu allen Maßregeln der socialen Erhaltung die Hand bieten wird. Rechnet man zu den 410 Stimmen der gestrigen Majorität noch die 30 bis 40 Stimmen hinzu, welche aus verschiedenen Ursachen nicht abgegeben werden konnten, so hat man die 440 bis 450, welche nach Montalembert's neuerlicher Berechnung auch der Römischen Expedition und dem Unterrichts-Gesetze ihre Stimmen gaben. Hiernach bleiben für die Opposition in ihren verschiedenen Schattirungen etwas über 300 Stimmen. — Der Herausgeber der „Demokratie pacifique“, Guillon, ward gestern wegen eines aufrührerischen Artikels vom Affenbuche zu acht Monaten Gefängniß und 3000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Vom Zuchtpolizeigericht ward gegen den Redacteur der „Patrie“, Garat, wegen Schmähung eines Schuhmachers-Vereins auf fünfzig Francs Geldstrafe erkannt. — Das Kriegsgericht verurtheilte gestern einen Soldaten des 17. Regiments wegen Aufreizung zur Empörung zum Tode, und einen mitangeklagten Corporal zu einem Jahre Gefängniß. — Der Budget-Ausschuß wird seinen Bericht Ende Juni einreichen, so daß die Debatte Anfangs Juli beginnen und die Versammlung gegen die Mitte des August Ferien machen kann. Das „Bulletin de Paris“ glaubt sogar, daß Berryer den Budget-Bericht am 15. Juni einreichen und die Versammlung am 15. Juli ihre Ferien beginnen werde. — Der gestrigen großen Revue auf dem Marsfelde wohnte E. Napoleon bei. — Abd-el-Kader, der noch immer im Schlosse von Amboise sitzt, ist ernstlich erkrankt.

Paris, den 31. Mai. Die gestrige Abendgesellschaft im Glysée national war sehr glänzend; die Führer der Majorität, die so genannte Burggrafen, waren sämmtlich anwesend. — Die heutige „Patrie“ widerlegt ein Gerücht, wonach Lord Normanby schon nach London abgereist wäre, und setzt hinzu: „Lord Normanby bleibt in Frankreich. Allen Anschein nach liegt in seinem verlängerten Aufenthalte zu Paris die Zusicherung der ernstlichen Genehmigung, welche die Englische Regierung der unsrigen aus Anlaß eines Zerwürfnisses zu geben sich ansetzt, das nicht zwischen den beiden Völkern, sondern zwischen den beiden Regierungen entstanden ist.“ Unverbürgt wird auch versichert, daß die Englische Regierung nach gestern eingegangenen Depeschen den Vertrag von London statt des Vertrages von Athen genehmigt habe. Die Nachricht der „Patrie“ von der Abberufung Bismarck's aus London wird von der „Gazette de France“ für irrig erklärt. — Der Minister des Innern hat durch Rundschreiben alle Präfecte eingeladen, die Bemühungen der Gesellschaft zur Errichtung von Bibliotheken in den Landgemeinden thätig zu unterstützen.

Sitzung der National-Versammlung vom 31. Mai. Heute ist an die Mitglieder der National-Versammlung der Ausschuss-Bericht über die verschiedenen Vorschläge zur Organisation des Widerstandes der Departements gegen jede neue Revolution in Paris vertheilt worden. Der Bericht, der diese Vorschläge der Erwägung der National-Versammlung empfiehlt, schließt mit den Worten: „Wenn das Recht zur Insurrection alle Tage systematisch diskutiert wird, wenn man ohne Unterlaß die Frage bespricht, ob den bestehenden Gewalten der Krieg erklärt werden müsse oder nicht, so ist es dringend nothwendig, alle Verteidigungsmittel vorzubereiten: eines derselben ist ohne Zweifel der Widerstand, den die Departements fest entschlossen sind, den verbrecherischen Unternehmungen der Demagogie entgegenzusetzen.“ Die Sitzung wird um 1½ Uhr mit Ueberreichung von Petitionen gegen das Wahlreform-Projekt durch Mitglieder der Linken und einer Petition um Verhütung an's Volk über die definitive Regierungsform durch Favreau (Legitimisten) eröffnet. Leon Faucher, Ausschuss-Berichterstatter über das Wahlreform-Projekt, kündigt auf morgen seinen Bericht über die dagegen eingegangenen Petitionen an. — Die Diskussion beginnt bei dem Artikel 9, der folgendermaßen lautet: „Die zu mehr als einmonatlicher Gefängnißstrafe Verurtheilten wegen Widersehlichkeit, Verleumdungen und Gewaltthatigkeiten gegen die Agenten der Behörden oder der öffentlichen Macht, wegen Vergehen gegen die Gesetze über die Zusammenrottungen und über die Clubs, wegen Contravention gegen das Gesetz über das Hausiren mit Druckschriften, so wie die zur Strafe in Disciplinär-Compagnien geschickten Militärs können während der fünf Jahre nach dem Ablauf ihrer Strafe nicht in die Wahllisten eingeschrieben werden.“ Letztere Bestimmung wird lebhaft bestritten von Sautera, Oberst Charas und General Fabvier, welche geltend machen, daß die Verweisung in die Straf-Compagnien ohne alles vorhergehende Urtheil bloß nach dem Ermessen der militärischen Vorgesetzten erfolge. Oberst Charas ruft zurück, daß die 123 Verteidiger von Mazagan sammt und sonders Sträflinge waren. Der General Fabvier benutzt die Gelegenheit, um das ganze

Gesetz nochmals anzugreifen: „Es ist kein Einziger unter Ihnen“, — sagt er zu seinen Collegen von der Majorität — „dem sein Gewissen nicht sagt, daß die Ausschließung von drei Millionen Wählern eine Verletzung des durch die Verfassung eingesetzten allgemeinen Stimmrechts ist. Man hat von der gemeinen Menge gesprochen, die ausgeschlossen werden sollte. Man hat dabei — beiläufig gesagt — behauptet, daß die Menge die Statue des Kaisers mit einem Stricke um den Hals in den Koth geschleift habe. Allein es ist eine Menge in Manschetten gewesen, die dies gethan hat! (Bezeugung.) Diese Menge aber existirt, bereit, sich jeder Opposition anzuschließen, wenn man sie ihres Stimmrechtes berauben will. Um deutlich zu sprechen: Für den Fall, daß Sie einen König, ein Individuum als Monarchen haben wollen, ernennen Sie ihn meinetwegen; allein werden sich die ausgeschlossenen drei Millionen nicht immer berechtigt betrachten, sich zu widersetzen? Ich für meinen Theil votire gegen das Gesetz.“ Eine kurze Debatte entspinnt sich über den Ausschluß der wegen gesetzwidriger Verbrechen von Druckschriften verurtheilten Personen. Der ganze Artikel wird hierauf angenommen nebst dem von Alfred Nettement beantragten Zusatz, wonach auch die wegen Unterhaltung einer Concubine in der ehelichen Wohnung Bestraften auf mindestens fünf Jahre ausgeschlossen werden sollen. Artikel 10, wonach in Zukunft die abgegebenen Stimmzettel des Militärs ungezählt und versiegelt in ihre betreffenden Departements geschickt und dort mit den übrigen Stimmzetteln vermischt werden sollen, wird ohne Diskussion angenommen; eben so Artikel 11, wonach zur Erwählung eines Repräsentanten ein Viertel der Zahl der eingeschriebenen Wähler als erforderliche Stimmenzahl festgesetzt wird, und Artikel 12, der dem Minister des Innern bei Ersatzwahlen 6 Monate Zeit zur Zusammenberufung der Wahlkollegien gibt. Auch Artikel 13 wird fast ohne Diskussion genehmigt. Artikel 14 bestimmt, daß die Wahlliste für 1850 drei Monate nach Verkündigung des Gesetzes geschlossen, und daß diejenigen Individuen, die noch keinen dreijährigen Wohnort haben, in die Wahllisten der Gemeinden, die sie früher bewohnten, eingeschrieben werden sollen, vorausgesetzt, daß sie einen dreijährigen festen Wohnort in diesen nachweisen. Nach einer interesselosen Debatte und Beseitigung mehrerer Amendements wird dieser Artikel ebenfalls votirt, so wie der 15. und letzte, wonach für Algerien und die Colonien bis zur Erlassung der besonderen organischen Gesetze für dieselben das bisherige Wahlgesetz fortbestehen soll. Ein Zusatzartikel, wonach die an den Abstimmungen nicht Theil nehmenden Wähler zur Strafe in den öffentlichen Blättern bekannt gemacht werden sollen, wird verworfen. Ein Antrag von Lagrange, diejenigen, die das neue Wahlgesetz für unwürdig zur Wahlberechtigung erkläre, auch für unwürdig zum Militärdienst in der Land- und See-Armee zu erklären, wird durch die Vorfrage beseitigt. Andere Amendements, u. A. eines über Bestrafung der Wähler, die an den Abstimmungen nicht Theil nehmen, werden verworfen. Eine Bemerkung von Karabit über den Umstand, daß der Präsident der Republik, wenn das Gesetz als dringlich votirt und also zu seiner Verkündigung bloß drei Tage Zeit gelassen werden, von seinem verfassungsmäßigen Rechte, eine neue Verathung zu veranlassen, keinen Gebrauch machen könne, wird von Dupin mit der Antwort beseitigt, daß der Präsident der Republik seine verfassungsmäßigen Rechte nach seinem Ermessen auszuüben und die National-Versammlung sich nicht darum zu kümmern habe, ausgenommen, wenn man diese Rechte antasten wollte. Hierauf wird zur namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz (auf der Tribüne, zur Verhütung des Abstimmens für Abwesende) geschritten. Die Mitglieder der Linken nehmen (wenigstens zum größten Theile) am Votum Theil. Das Gesetz wird mit 433 Stimmen gegen 211 angenommen und die Sitzung geschlossen.

Paris, den 1. Juni. Die gesetzgebende Versammlung verweist auf Leon Fauchers Bericht alle ungesetzlichen Unterschriften unter Wahlreform-Petitionen von Municipalräthen an das Ministerium des Innern, alle falschen Unterschriften an den Justizminister.

Paris, den 2. Juni. Es wird die Vorlage neuer strenger ministerieller Gesetzesprojekte, das Papwesen und das Domicil betreffend, erwartet. — Morgen bringt der Moniteur das neue Wahlgesetz, und ist bereits der Befehl erteilt, die Wahllisten nach demselben anzufertigen.

Großbritannien und Irland.

London, den 31. Mai. (Köln. Z.) Der alte Schlosfer, der sich bekanntlich ein eigenes schwarzes Buch angelegt hat, um die Sünden der hohen Englischen Aristokratie darin zu specifiziren, kann ein neues Folio eintragen. Das Tagesgespräch im Westende dreht sich um die Eheheirath Carls of Lincoln, ältesten Sohnes des Herzogs von Newcastle, und seiner Gemahlin, einer Tochter des Schottischen Herzogs von Hamilton. Wir verzichten auf die Ausführlichkeit, mit welcher diese Sache in England vor die Öffentlichkeit gebracht wird, und bemerken nur, daß die Gräfin Lincoln ohne Vorwissen ihres Gemahls England verließ, in Baden-Baden mit ihrem Liebhaber, Lord Horatio Walpole, ältestem Sohne des Carls of Orford, zusammentraf, und seitdem mit demselben in Italien gerast ist unter dem Namen einer Mrs. Lawrence. Sie hat einen Sohn auf den Namen Horatio Walpole Lawrence taufen lassen. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß in England nichts gebräuchlicher ist, als Kindern die Eigennamen des freundschaftlichen Personals als Vornamen beizulegen, was in Deutschland neuerdings bei den Geistlichen so vielen Widerspruch hervorgerufen hat. Das Oberhaus wird unzweifelhaft auf Eheheirath erkennen. Die gestrige Sitzung desselben ward größtentheils ausgefüllt mit einer Rede Brougham's, der sich über vericumbische Angriffe der Presse in dieser Angelegenheit beklagte und darin einen Bruch der Privilegien des Hauses sah. Seit lange wird dem edlen Lord von der Presse vorgezückt, daß er unter seinen vielfachen Studien gerade die juristischen in diesem zarten Punkte mit besonderer Liebhaberei und Aemlichkeit betreibe. Er spiele die Hauptrolle bei jeder Eheheirath. Nun war ihm in einem sehr witzigen Artikel des „Globe“ gar vorgeworfen worden, er selbst habe das angelegte Paar unter seinem Dache aufgenommen in seinem Landhause bei Cannes, oder, wie er es auszusprechen pflege, Ken (im Englischen Hundehaus). Es sei daher unpassend, das Lord Brougham in dieser Sache als Richter fungire. Lord Brougham wies diese Erzählung als Verleumdung energisch zurück, und der „Globe“ bietet ihn öffentlich um Entschuldigung; Lord Brougham wird sich damit wohl beruhigen. Dagegen denkt er daran, „Daily News“ gerichtlich zu verfolgen, welches ihm die Aeußerung in den Mund legt: „Wenn alle Briefe, die verheiratete Frauen an mich geschrieben haben, veröffentlicht würden, so würde großes Unheil daraus entstehen!“ Lord Brougham bemerkte darüber im Oberhause: „Wenn alle diese Briefe auf Charing Croß vorgelesen werden, so würde die Folge nur sein, daß Jedermann mich bedauern, so entsetzlich viele Briefe dieser Art lesen und beantworten zu müssen!“

Rußland und Polen.

Warschau, den 1. Juni. (Bresl. Ztg.) E. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen sind heute früh zum Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin nach St. Petersburg abgereist; Höchst dieselben werden sich 8 Tage daselbst aufhalten und dann nach Koblenz zurückkehren. E. Königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen waren schon Tages vorher dorthin abgegangen, um längere Zeit dort zu verweilen und E. Majestät der Kaiser daselbst abzuwarten, Allerhöchstwelcher noch vor seiner Rückkehr nach St. Petersburg mehrere Abtheilungen der aktiven Armee besichtigen will.

Italien.

Loskana. Bereits mehrere Male wurde erwähnt, daß die britische Regierung an die Regierung von Toskana ähnliche Reklamationen gestellt habe, wie an die griechische. Die österreichische Reichsregierung sieht sich jetzt in der Lage, einiges Nähere über die Natur dieser Forderungen mittheilen zu können. Dieselben sind von äußerst untergeordneter Gattung, betreffen Verluste, die englische Unterthanen zu Livorno in Folge der revolutionären Ereignisse erlitten haben sollen, und beschränken sich auf folgende zwei Fälle. Die eine Forderung betrifft einen gewissen Alfred Hall, englischen Unterthan und Bruder des Associé des Banquiers Em. Fezzi in Florenz; die andere eine Frau Bijet, von Livorno gebürtig, aber Wittwe eines ehemaligen englischen Handlungscommiss. Die Entschädigungsforderung für Letztere stützt die englische Regierung auf die Angabe jener Wittve: es seien bei der Besetzung Livornos durch die kaiserlichen Truppen im Mai 1849 österreichische Soldaten in ihre Wohnung, während sie nicht zu Hause war, gedrungen, und hätten dort mehreres an Wäsche und Kleidungsstücke geplündert, und zwar im Werthe von 2000 Lire, welcher Werthanschlag auch späterhin in der Reklamationsnote des englischen Gesandten an die großherzogliche Regierung auf 5000 Lire erhöht wurde. Diese Angabe der Wittve Bijet, daß die ihr gehörige Wäsche und Kleidungsstücke durch österreichische Soldaten weggenommen worden seien, gründet sich einzig und allein auf den Umstand, daß sie alte Unterbekleider, Lagermatten und andere Gegenstände, welche die Betheiligte als jeuen angehörig bezeichnete, in ihrer Wohnung gefunden haben wollte. Mit dem Eindringen österreichischer Soldaten in die Wohnung der Dame Bijet, hat es aber folgendes Verhältniß. Als am 11. Mai 1849 die kais. Truppen Livorno mit stürmender Hand genommen hatten und in großen Massen auf dem Domplatz bivouacirten, wurde plötzlich auf dieselben aus der Domkirche ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet. Nun wurde sogleich Befehl gegeben, alle in der Nähe der Domkirche befindlichen Häuser, darunter auch jenes, wo Frau Bijet wohnte, zu untersuchen und jene Thüren, die den Soldaten nicht geöffnet würden, einzuschlagen, eine Maßregel, die in Folge dieses plötzlichen hinterlistigen Angriffs unausweichlich geboten war. — Ein ganz anderer Fall ist jener des Herrn Hall. — In dieser Beziehung sagt die Note des englischen Gesandten selbst, daß Hall's Haus, während der Besetzung Livorno's durch die österreichischen Truppen, von dem dortigen Pöbel verwüstet worden sei. Hier handelt es sich also um einen Schaden, den der Genannte, gleich vielen Andern, durch die Insurgenten selbst erlitten hat. Wenn demnach die englische Regierung von der toskanischen eine diesfällige Entschädigung fordert, so stellt sie den Grundsatz auf, daß die letztere Regierung, obgleich sie unvermögend gewesen war, den Gewaltthaten der Insurrection Einhalt zu thun, dennoch verpflichtet sei, den Schaden zu ersetzen, welcher dadurch fremden Unterthanen zugefügt wurde. Auf der andern Seite macht E. Palmerston auch dieselbe Regierung für die Kriegsschäden verantwortlich, die durch die Militäroperationen, welche die Unterdrückung der Rebellion notwendig gemacht hatte, verursacht worden sind. (E. Z.)

Amerika.

New-York, den 13. Mai. Das beabsichtigte Unternehmen gegen Kuba bietet den neusten Stoff der politischen Unterhaltung. Vier Regimenter „Pioneers of Liberty“ sind schon, zu diesem Einsatze gebildet, mit völliger Munition nach dem Sammelplatze abgesetzt, und der General an chef, Lopez, mit seinem Stabe wird erster Tage auf einem schon dazu gemiethten Dampfschiffe von New-Orleans abgehen. — In St. Louis ist in der letzten Woche die Cholera wieder mit ziemlicher Heftigkeit ausgebrochen. — Als Merkwürdigkeit meldet man aus Rio de Janeiro, daß unter den 13 bis 15,000 Opfern des gelben Fiebers nur 30 bis 40 Francen gewesen sein sollen. — Nach Privatbriefen aus San Francisco sind die Schilderungen über die dort ausgebrochene Handels-Krisis alle übertrieben; es haben einige Häuser ihre Zahlungen eingestellt, der Grundwerth in den äußersten Stadt-Enden ist allerdings gesunken, weil mit den Loosen die lächerlichsten Schwindel-Spekulationen getrieben wurden; auch die Mische ist im Allgemeinen gefallen, weil ein großer Theil der Bevölkerung der Stadt nach den Minen gezogen. Es entsteht dadurch ein Stocken, aber nur momentan. Wie in San Francisco das Journalwesen besteht, mag man aus folgender Kostenberechnung der „Pacific News“ entnehmen, welches Blatt seinen beiden Herausgebern jedem jährlich 6000 Dollars zahlt, dem Geschäftsführer 3000, achtzehn Sezern jedem 4000, dem Buchhalter 3000, dem Stadt-Korrespondenten 3600 und dem Korrespondenten für Ueberseeisches 6000 Dollars. Trotz dieser enormen Kosten macht dieses Journal gute Geschäfte. Außer demselben erscheinen in San Francisco täglich noch drei Amerikanische Blätter, ein Wochenblatt („Weekly Pacific News“), ein Französisches und ein Deutsches. Im Stockton und Sacramento werden auch Wochenblätter herausgegeben. (Köln. Z.)

Vocales &c.

Posen, den 5. Juni. Gestern gegen Mitternacht kam, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit, auf St. Martin in einem mit Schindeln gedeckten Hause Feuer aus, welches bei weniger windstillestem Wetter wegen der Nachbarschaft verschiedener anderer Schindeldächer für den ganzen Stadttheil höchst gefährlich hätte werden können. Da sich aber fast kein Lüftchen regte, so begnügte sich das Element damit, Dach und Gebälk des Hauses zu verbrennen. Das Nebenhaus rechts war sogleich seiner Schindelbedachung entkleidet worden und wurde dadurch gerettet; bei dem Hause links gemügte fleißiges Besuchen Seitens unserer wackeren Rettungsmannschaften, die sich zahlreich eingefunden hatten. Nach etwa 1½ Stunden war man des Feuers Herr. Jühlbar war der Mangel an Wasser. Wünschenswerth wäre es, daß die Hochbrunnen sowohl in der Breslauerstraße, als auch an der Promenade mit geräumigen Wasserbehältern versehen würden, aus denen bei vorkommender Feuergefahr die Feuerkufen alsbald gefüllt werden könnten. Letztere wären auch zweckmäßig mit Deckeln zu versehen, damit das Wasser beim Fahren über das schlechte Steinpflaster nicht großentheils verschüttet würde. Beschädigt ist, trotz des schnellen Auslösens des Brandes, so viel wir erfahren haben, Niemand.

Schwurgerichts-Sitzung.

Am Montag befand sich zunächst auf der Anklagebank der Tagelöhner Stanislaus Strzyzewski, beschuldigt des Verbrechen...

Fraustadt, den 4. Juni. Heute ist von unserem Magistrat und Stadtverordneten, nachstehende Adresse an Sr. Maj. abgegangen...

Ein trübes Gerücht durchzieht abermals unsere Stadt, daß nämlich in neuester Zeit unsere Kreisgerichts-Deputation noch mehr beschränkt werden solle...

Wir halten dies eben nur für ein vorläufiges Gerücht, denn wir können nicht glauben, daß man einen in jeder Beziehung zu beachtenden Ort ganz und gar seinem Verfall anheimgeben werde...

Aus dem Schrimmer Kreise, den 1. Juni. Es giebt Uebelstände, zu denen die Behörden selbst Veranlassung geben, ohne es eigentlich zu wollen. Dies ist der Fall mit unserem Hebammenwesen...

die Zeiten ändern. Vor kaum 3 Monaten hatten wir Bewohner der Warthauer eine wahre Sündfluth vor unseren Augen, in welcher Manches Eigenthum verloren ging...

Inowracław, den 3. Juni. Vor geraumer Zeit berichtete ich Ihnen von einem, auf dem Hofe des hiesigen Kreisgerichts erbauten Galgen...

Endlich soll auch unser Städtchen so glücklich werden, außer dem bisherigen „Kreisblatte“, einem rein amtlichen Organe, vielleicht gar noch zwei Wochenblätter zu erhalten...

Zur Chronik Posen's. (Fortsetzung.)

Die evangelische Petri- früher evangelisch-reformirte Unitäts Kirche. Als Ferdinand I., König von Böhmen, 1347 den strengen Befehl gab, daß alle Nichtkatholiken, namentlich die Böhmischn Brüder oder Unitarier...

Musterung polnischer Zeitungen.

Der Wielkopolanin theilt in No. 43 eine Rede mit, welche in einer Versammlung der Parochial-Liga von St. Martin von einem Vorstandsmitgliede derselben gehalten worden ist...

welche sich von der Theilnahme an der Liga und ihren Versammlungen fern halten, und es werden folgende Drohungen gegen sie ausgestoßen: Bedenkt, daß die Zeit kommen wird, wo Ihr verlassen und verlassen dastehen werdet!

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen und das betreffende Gesetz ist bereits im Dziennik veröffentlicht.

Verantw. Redakteur: C. G. S. Violet.

Angelkommene Fremde.

- Bazar: Emigrant Trawinski a. Posen; Gutsb. Moszyński a. Stepuchowo.
Laut's Hotel de Rome: Gutsb. v. Trestow a. Dwinisk; Kaufm. Denzer a. Berlin; Kfm. Wiesel a. Magdeburg; Kfm. Romann a. Leipzig.

Markt-Bericht.

Posen, den 5. Juni. Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 28 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rthlr. 3 Sgr. 4 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 20 Sgr. bis 22 Sgr. 3 Pf.

Marktpreis für Spiritus. (Nicht amtlich.) Pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles: 12 1/2 Rthlr.

